

## **Bericht**

### **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes  
zu dem internationalen Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961  
über Suchtstoffe  
— Drucksachen 7/126, 7/638 —**

#### **Bericht des Abgeordneten Carstens (Emstek)**

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Durch den Gesetzentwurf soll dem am 31. Juli 1961 in New York von der Republik Deutschland unterzeichneten Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961 über Suchtstoffe zugestimmt werden, dessen Ziel es ist, die Erzeugung und Herstellung suchterzeugender Stoffe einzuschränken und eine wirksame Überwachung der Erzeugung, der Herstellung und des Vertriebs einschließlich der Ein- und Ausfuhr auf internationaler Ebene herbeizuführen.

Die Ratifizierung hat aber beim Bundesgesundheitsamt in Berlin Personal- und Sachkosten zur Folge, die unvermeidbar sind. Der Bundeshaushalt wird wie folgt belastet:

1973	73 500 DM
1974	68 500 DM
1975	68 500 DM
1976	68 500 DM

In den Mitteln für 1973 sind 5 000 DM Sachkosten als einmalige Ausgabe für die Erstausrüstung enthalten; im übrigen sind die genannten Mittel Personalausgaben. Deckung für diese Ausgaben ist im Entwurf des Haushaltsplans für 1973 bei Kap. 15 03 vorgesehen. Für die Folgejahre werden die Mittel im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes aufgefangen.

Dieser Bericht stimmt mit dem Beschluß des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit überein, der die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der Regierungsvorlage vorschlägt.

Bonn, den 6. Juni 1973

#### **Der Haushaltsausschuß**

<b>Leicht</b>	<b>Carstens (Emstek)</b>
Vorsitzender	Berichterstatler